

OKTOBER/NOVEMBER 2016 | WWW.SPD-FRAKTION-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Endlich – mehr Lohngerechtigkeit! Auf Bundesebene hat sich die SPD jetzt durchgesetzt – gegen die Blockade der Union: Es wird ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit geben. Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten haben künftig einen Auskunftsanspruch. In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten wird ein Prüfverfahren eingeführt. Damit werden mehr als 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nun das Recht haben zu erfahren, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden. Sollte die Auskunft ergeben, dass tatsächlich ungerechtfertigt zu wenig Lohn gezahlt wurde, besteht ein Anspruch auf Nachzahlung.

Mit diesem Gesetz gelingt uns als Sozialdemokratie nach Mindestlohn und Quote ein weiterer wichtiger Schritt gegen Lohndiskriminierung und für mehr Gerechtigkeit. Und diese ist wichtig für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt 21 Prozent weniger als Männer. Das ist nicht hinnehmbar. Allerdings bleibt das Thema weiterhin auf der Agenda, denn auch in kleineren Betrieben und Unternehmen spielt das Thema Lohngerechtigkeit eine Rolle.

In Zeiten des schnellen Wandels und der Unsicherheit müssen wir deutlich machen, dass wir als Sozialdemokratie den Rahmen für gute Arbeit und faire Bezahlung schaffen.

Herzlichst

Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

»DIE SPD HAT DIE FINANZEN DES LANDES SOLIDE IM GRIFF«

HAUSHALTPOLITIK Regierungskoalition wird im Dezember einen Doppelhaushalt ohne neue Schulden ab 2018 beschließen – Investieren und solide finanzieren *Von Frank Jungbluth*

Das hat es in der 70-jährigen Geschichte Niedersachsens noch nicht gegeben: Die von der SPD geführte Regierungskoalition wird im Dezember im Landtag einen Haushalt beschließen, der historisch ist. Zum ersten Mal wird das Land ab dem Jahr 2018 keine neuen Schulden aufnehmen müssen. »Das ist das Ergebnis einer durch und durch soliden Haushaltspolitik«, sagt Renate Geuter, haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion.

TiL: Die sogenannte Schuldenbremse ist ab dem Jahr 2020 Pflicht. Wie schafft die SPD geführte Landesregierung das gemeinsam mit der Koalition schon zwei Jahre früher?

Renate Geuter: Für Landesregierung und Koalition war nach der Abwahl von CDU und FDP und dem Regierungswechsel immer klar: Wir müssen investieren, um das Land zukunftsfest zu machen. Wir wollen aber mit Augenmaß und solide finanzieren, um der nachfolgenden Generation keinen Schuldenberg zu hinterlassen. Mit dem Doppelhaushalt 2017/2018, der jetzt vorliegt, gelingt das. Und wir schaffen es nicht nur, ab 2018 nachhaltig einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. Wir werden bis zum Jahr 2020 auch das strukturelle Defizit auf null zurückgefahren haben. Zum Vergleich: Bei der Regierungsübernahme 2013 haben wir 1,2 Milliarden strukturelles Defizit geerbt, die CDU/FDP-Vorgängerregierung hat im Jahr 2011 noch fast zwei Milliarden Euro neue Kredite aufgenommen.

TiL: Was sind die Schwerpunkte dieses Doppelhaushaltes?

Geuter: Zum einen bleibt Bildung ein Schwerpunkt, wie schon zu Beginn dieser Wahlperiode. Der Etat für das Kultusministerium wird im Haushaltsjahr 2017 auf 5,3 Milliarden Euro steigen. So viel, wie noch nie. Bei einem Gesamtetat für alle Ministeri-



en und Landesaufgaben von jeweils 30 Milliarden Euro für die Jahre 2017 und 2018 ist das der größte Einzelbetrag. Das heißt auch, die SPD geführte Landesregierung und Koalition hat in der aktuellen Wahlperiode eine Milliarde Euro mehr für Bildung investiert. Das wird sich auszahlen. Wir wollen gleiche Chancen für alle in Niedersachsen. Wir haben so viele und so gut ausgestattete Ganztagschulen wie noch nie. Wir investieren auch erheblich für neue Lehrerinnen und Lehrer, mehr Polizeibeamte, wir übernehmen fast 1000 SchulsozialarbeiterInnen in den Landesdienst, sanieren Landesstraßen und landeseigene Gebäude mit hunderten Millionen Euro. Das war bei CDU und FDP alles liegen geblieben. Und trotzdem gleichen wir den Haushalt aus und nehmen keine neuen Schulden auf.

TiL: Die Steuereinnahmen sind gut, auch deshalb schafft man die schwarze Null. Was können die Menschen von der Koalition weiterhin erwarten?

Geuter: Sparsam haushalten, das Land modernisieren und gleichzeitig für die Zukunft gestalten, das ist der Dreiklang, den wir uns auf die politische Agenda geschrieben haben. Das ist meiner Überzeugung nach gelungen und wird uns auch weiterhin gelingen. Nehmen wir das Beispiel Krankenhäuser. CDU und FDP haben

einen Investitionsstau von 1,5 Milliarden Euro angehäuft, wir haben ein Sondervermögen von fast 1,4 Milliarden aufgelegt, um auch hier zu modernen und zukunftsfähigen Kliniken und Strukturen zu kommen. Und dann darf man nicht vergessen, dass durch die hohe Zahl von Flüchtlingen alleine für Niedersachsen gut 1,4 Milliarden Euro im Jahr an Kosten entstehen. Und wir haben die Kommunen bei dieser Aufgabe finanziell erheblich entlastet.

TiL: Was bringt die Zukunft?

Geuter: Eine gute Basis bei den Einnahmen hilft, aber wir arbeiten so, dass wir nicht davon ausgehen, dass das immer so bleibt. Die Konjunktur kommt und geht in Zyklen, darauf muss man vorbereitet sein. Das heißt, wir müssen weiterhin solide und verlässlich mit dem Geld der Steuerzahler umgehen. Deshalb sage ich gerne: Die SPD hat die Finanzen des Landes im Griff. Und so wird das auch in Zukunft bleiben. ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: Sebastian Zinke, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Frank Jungbluth, Clemens Wirries
Redaktionsschluss: 13. Oktober 2016
Redaktion: Frank Jungbluth, frank.jungbluth@lt.niedersachsen.de
Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover, www.spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke, mail@AnetteGilke.de

»KONSEQUENZ AUS DER MORDSERIE SIND WEITREICHENDE REFORMEN«

KLINIKMORDE SPD-Gesundheitspolitiker Uwe Schwarz für mehr Kontrolle, Stationsapotheken und Vorgaben bei Obduktionen

Von Frank Jungbluth

Als Konsequenz aus der Mordserie in Krankenhäusern im Nordwesten Niedersachsens hat die SPD-Landtagsfraktion weitgehende Reformen gefordert: »Wir brauchen in jedem Krankenhaus wieder Stationsapotheker«, erklärt dazu Uwe Schwarz, sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. »Größtmögliche Patientensicherheit – das ist unser Ziel.«

»Wir haben als Konsequenz aus der Mordserie jetzt landesweit in fast allen 182 Krankenhäusern flächendeckend Patientenfürsprecher, die erste Ansprechpartner für Patienten und deren Angehörige sind. Seit dem 1. Juli ist der Landesbeauftragte für Patientenschutz, Dr. Peter Wüst, im Amt. Aber wir brauchen weitere Maßnahmen, die wir mit einem Entschließungsantrag der Regierungskoalition von der Landesregierung einfordern«, sagt Uwe Schwarz.



Uwe Schwarz MdL,
stellv. Fraktionsvorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher

Dazu, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Schwarz, müsse es zu deutlichen Ergänzungen im Niedersächsischen Krankenhausgesetz und auch im Bestattungsgesetz kommen, um Vorgänge wie die Mordserie zu verhindern. Erforderlich sei auch ein Rotationssystem für Pflegekräfte, vor allem auf Intensivstationen. »Wer dort jahrelang hohen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt

sei, muss irgendwann entlastet und mit anderen Aufgaben betraut werden«, erklärt Uwe Schwarz eine weitere Maßnahme. »Anzeichen von Ermüdung oder eines schleichenden Verlustes der Selbstkontrolle müssen schneller erkannt werden.«

Ein anonymes Meldesystem, das sogenannte Whistleblowing, müsse ebenfalls an den Krankenhäusern in Niedersachsen eingeführt werden. »So können Beschäftigte eventuelle Verdachtsmomente für Fehlverhalten oder gar kriminelles Handeln innerhalb des Krankenhausbetriebes an eine neutrale Stelle melden, ohne dass Rückschlüsse auf ihre Identität gezogen werden können«, beschreibt Uwe Schwarz das mögliche Verfahren.

In Zeiten eines harten Verdrängungswettbewerbes im Gesundheitswesen sei das die einzige Möglichkeit Hinweisgebern eine Tür zu Offenheit und Transparenz zu öffnen. Schwarz:

»Es gab viele Gerüchte und Verdachtsmomente im Fall des Pflegers, der für die Mordserie verantwortlich ist. Leider haben sich Kolleginnen und Kollegen des Täters nicht getraut, ihre Hinweise schnell weiterzugeben.«

Bei der Leichenschau, deshalb die Änderungen im Bestattungsgesetz, sollen Blutentnahme und Blutuntersuchung künftig obligatorisch werden. »Wir brauchen darüber hinaus eine höhere Kontrolldichte und mehr Rechtssicherheit für alle Beteiligten.« Er fordert auch, »die so genannte äußere Leichenschau bei Todesfeststellung durch Krankenhausärzte künftig auf externe Mediziner zu übertragen.«

»Wir sind es allen Patientinnen und Patienten und auch den Hinterbliebenen der Opfer des verurteilten Pflegers Nils H. schuldig, alles zu tun, um solche Taten künftig zu verhindern«, macht der gesundheitspolitische Sprecher deutlich. ■